SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Unruhe im System: seit Macrons Wahl wandelt sich die französische Parteienlandschaft

Ruß-Sattar, Sabine; Jakob, Sara

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Ruß-Sattar, S., & Jakob, S. (2018). *Unruhe im System: seit Macrons Wahl wandelt sich die französische Parteienlandschaft.* (DGAP-Analyse, 2). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58156-7

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DGAP**analyse**

Nr. 2 / Mai 2018

Unruhe im System:
Seit Macrons Wahl wandelt sich die französische Parteienlandschaft

Sabine Ruß-Sattar

Unter Mitarbeit von Sara Jakob

Seit der Präsidentschaftswahl 2017 kalibrieren sich die französischen Parteien neu. Während sie zuvor klassischen Links-/Rechts-Lagern folgten, entsprechen weder Macrons La République En Marche noch Le Pens Front National dieser Polarisierung. Neue Konfliktlinien, die sich an Identitätsfragen und der Rolle Europas orientieren, prägen zudem die Parteienlandschaft. In Zukunft ist ein Vierer-Szenario von extremer Rechter, moderaten Konservativen, radikalen Linken und sozialliberalen Kräften wahrscheinlich.

DGAP

Inhalt

Unruhe im System:
Seit Macrons Wahl wandelt sich die französische Parteienlandschaft

von Sabine Ruß-Sattar

3 Alt-Parteien in der Neuausrichtung: Sozialisten und Republikaner

4 Extrem rechte und linke Kräfte: Front National und La France Insoumise

5 Polarisierung und Fluktuation: Das französische Parteiensystem

6 Alte und neue Konfliktlinien: Identität und Laizität

7 Streitfall Europäische Integration

7 Szenario für ein künftiges Parteiensystem

8 Anmerkungen

Separater Anhang:
Infografik: Parteien und Bewegungen in Frankreich

Unruhe im System: **Seit Macrons Wahl wandelt sich die französische Parteienlandschaft**

Sabine Ruß-Sattar
Unter Mitarbeit von Sara Jakob

Frankreichs Parteiensystem sortiert sich neu. Die von Präsident Emmanuel Macron ein Jahr vor der französischen Präsidentschaftswahl 2017 gegründete sozialliberale Bewegung La République En Marche (LREM) hat dem traditionellen Wechsel zwischen Links- und Rechtsparteien zumindest vorläufig ein Ende bereitet. Zuvor hatten seit der Einführung der direkten Präsidentschaftswahl 1962 ein linkes und ein rechtes Lager das an der Oberfläche relativ stark fluktuierende Parteienangebot strukturiert. Verschiedene Konfliktlinien hatten in diesem Links-Rechts-Schema zudem politische Orientierung ermöglicht. Diese bezogen sich etwa auf den Grad der Liberalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie die Rolle des Staates in der Wirtschaft.

Derzeit geht die Unruhe im Parteiensystem aber auf neue Konfliktherde zurück. Drei Themen sind dabei entscheidend: die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Globalisierung, der Zusammenhalt und die Identität der französischen Gesellschaft, sowie schließlich die Zukunft der europäischen Integration. Diese neuen Konfliktlinien treffen auf die älteren und verändern das bisherige, bipolare Parteiensystem nachhaltig. Gegenwärtig bildet sich dabei ein neues Szenario für das französische Parteiensystem heraus, in dem neben den Kräften der sozialliberalen Mitte und der bürgerlichen Rechten auch Rechtspopulisten und die radikale Linke ihren Platz behaupten.

Alt-Parteien in der Neuausrichtung: Sozialisten und Republikaner

Ein Jahr nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2017 haben die beiden ehemals großen Regierungsparteien der Linken und Rechten – Parti Socialiste (PS) und Les Républicains (LR) – zahlreiche Parteimitglieder verloren. Viele ihrer ehemals politischen Schwergewichte wechselten zu Macrons LREM, die seit Juni 2017 die aktuelle präsidentielle Mehrheit dominiert. Ohne jemals zuvor selbst ein Wahlmandat errungen zu haben, überholte Macron die Kandidaten der früheren Regierungsparteien im ersten Wahlgang.

Besonders dramatisch war der Absturz der Sozialisten, die von 2012 bis 2017 noch den Präsidenten stellten und die Regierung innehatten: Im Jahr 2012 hatte der PS bei den Wahlen zur Nationalversammlung noch mit seinen Verbündeten die Mehrheit der Parlamentssitze erobert; aufgrund des Mehrheitswahlrechts hatten den Sozialisten dafür 29 Prozent der abgegebenen Stimmen (7.618.326 Stimmen) gereicht. Im Jahr 2017 hingegen schied ihr Kandidat Benoît Hamon schon im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl aus. Bei der anschließenden Parlamentswahl erhielt der PS nur noch rund sechs Prozent der Stimmen (1.685.677 Stimmen). Damit verloren die Sozialisten 250 ihrer 280 Parlamentssitze. Hamon trat kurz darauf aus dem PS aus und gründete am 1. Juli 2017 seine eigene Bewegung, die Génération.s. Diese hat nach eigenen Angaben mittlerweile rund 53.000 Mitglieder – damit deutlich mehr als etwa die 40.000 Sozialisten, die im Vorfeld des letzten PS-Parteitages in Aubervilliers im April 2018 an der Wahl Olivier Faures zum neuen PS-Parteivorsitzenden teilnahmen. Im Parlament verbergen sich die verbliebenen sozialistischen Abgeordneten unter dem Titel „Neue Linke“.

Die bürgerlich-konservative Partei Les Républicains begann nach den Wahlen, parteiintern um ihre politische Linie zu ringen. Vertreter des liberalen Flügels der Républicains sind inzwischen weitgehend abgewandert. Nicht alle unterstützen LREM; manche, wie etwa Alain Juppé, zogen sich lediglich öffentlichkeitswirksam zurück. Indem er Édouard Philippe zum Premierminister ernannte, der noch bis zu seinem Parteiausschluss im Herbst 2017 Mitglied von LR gewesen war, beförderte Macron allerdings noch die Spaltung der konservativen Partei. Andere Ehemalige von LR schlossen sich im Parlament zu einer Gruppierung namens „Die Konstruktiven“ zusammen, welche die derzeitige Regierung unterstützt. Seit Dezember 2017 ist Laurent Wauquiez Parteivorsitzender. Mit seiner europaskeptischen und nationalistischen Haltung

wirbt er um Wähler/innen am rechten Rand, was weitere gemäßigte Politiker/innen zum Rückzug bewog, wie etwa den früheren Parteisekretär Xavier Bertrand oder die Europa-Abgeordnete Elisabeth Morin-Chartier.[1]

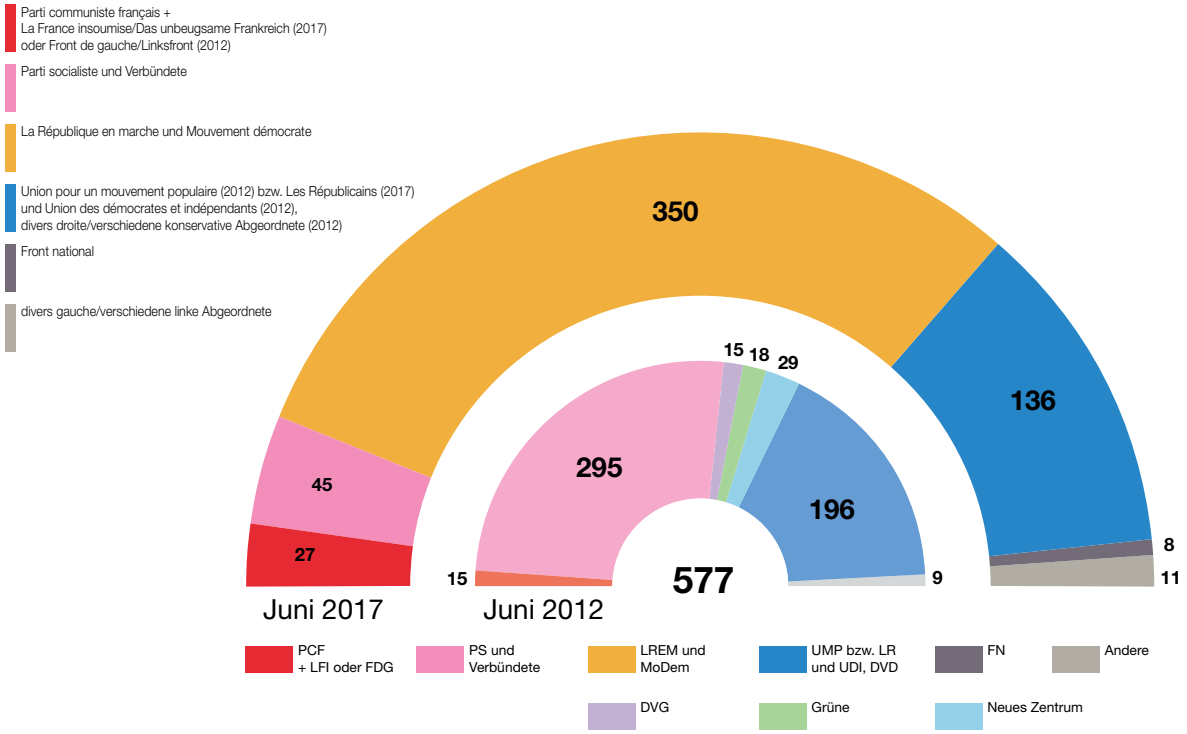
Extrem rechte und linke Kräfte: Front National und La France Insoumise

Die Rechtspopulistin Marine Le Pen verlor den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl im Mai 2017 mit 33,9 Prozent gegen 66,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Ihre Partei, Front National (FN), ist seitdem in der Krise. Bereits zwischen dem ersten Wahlgang und der Stichwahl hatte sich gezeigt, dass der FN keine mehrheitsfähige politische Kraft sein konnte, weil er für die bürgerliche Rechte nicht bündnisfähig war. Zudem litt Marine Le Pens Image als kompetente und „präsidentiable" Politikerin stark durch einen unglücklichen Auftritt im letzten Fernsehduell des Wahlkampfs. Nach ihrer Wahlniederlage spaltete sich der national-soziale Flügel um FN-Vize Florian Philippot in Folge eines Konflikts um die politische Ausrichtung der Partei vom FN ab: Im Wahlkampf hatte Philippot als treibende Kraft den Austritts Frankreichs aus der Eurozone propagiert, während Le Pen nach ihrer Niederlage von dieser Linie abrückte. Der (temporäre) politische Rückzug Marion Maréchal-Le Pens, zuvor die Führungsfigur des wirtschaftsliberalen und kulturkonservativen Parteiflügels des FN, hat die Krise der Partei zusätzlich verschärft. Auf dem jüngsten Parteitag im März wurde Marine Le Pen zwar erneut zur Parteivorsitzenden gewählt. Klar ist auch, dass sie an ihrer Strategie festhält, den FN zu „entdämonisieren", um zu bewirken, dass er nicht mehr als rechtsradikale Partei angesehen wird. Aus demselben Grund wurde auf dem Parteitag die Umbenennung des Front National in „Rassemblement National" (dt. „Nationale Sammlungsbewegung") angekündigt. Trotz dieser Bestrebungen zeigt eine Umfrage aus dem März jedoch, dass sich das Image der Partei in der Bevölkerung sogar verschlechtert hat: 24 Prozent der Befragten – 9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor – erklärten sich mit den Ideen des FN einverstanden.[2] Die Krise des FN hält weiter an.

Mehr noch als Rechtspopulistin Le Pen nimmt derzeit Jean-Luc Mélenchon die Rolle des Volkstribuns ein. Der EU-Skeptiker und Souveränist steht mit seiner Bewegung La France Insoumise (dt. „Das unbeugsame Frankreich") in frontaler Opposition zu Macron. Bei den Wahlen erhielt er im linken politischen Spektrum die größte Resonanz.

Abb. 1: Die Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in der Assemblée Nationale nach den Wahlen 2017

Sitzverteilung in der Assemblée Nationale 2012 und 2017



Quelle: Französisches Innenministerium

Polarisierung und Fluktuation: Das französische Parteiensystem

Das französische Parteiensystem ist traditionell gekennzeichnet durch eine Links-/Rechts-Polarisierung und eine hohe Anzahl an Parteien. Diese wechseln vergleichsweise häufig ihre Namen; Allianzen bilden sich vielfach um. Dabei spielen Einzelpersonen eine starke Rolle. Der personelle Faktor und ein chronischer „Krieg der Häuptlinge", etwa zu Wahlkampfzeiten, machen die französische Politik zudem von jeher relativ unberechenbar.

Die Bipolarität im Links-Rechts-Schema gründete ideologisch auf der über zweihundert Jahre alten revolutionären Unterscheidung zwischen den „rechten" Kräften der Beharrung und den „linken" Kräften der Veränderung. Die Lagerbildung ergab sich darüber hinaus aus der Logik des politischen Wettbewerbs, der durch die Institutionen geprägt ist, und insbesondere aus den taktischen Zwängen des Mehrheitswahlrechts mit zwei Wahlgängen für die zentralen nationalen Wahlen. Die binäre Logik der Referenden und der direkten Präsidentschaftswahl, welche „Super-Mehrheiten" erzwingt, trägt ein Übriges bei.

In den Elysée-Palast einziehen konnte stets nur, wer sich entweder dem linken oder dem rechten Lager zuordnete. Dies galt trotz des über Jahrzehnte quasi ehernen Gesetzes, dass Parteien und Parteiallianzen von „präsidentiablen" Politiker/innen immer wieder neu (um) gebildet wurden, vor allem im Blick auf die Präsidentschaftswahl als „Achse" des parteipolitischen Lebens. Dementsprechend war der Zentrist François Bayrou bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2007 und 2012 gescheitert, der auf die politische Mitte gesetzt hatte.

Adressaten links und rechts: Front National und La République En Marche

Angesichts dieser Vorgeschichte war die auf die Mitte setzende Strategie von Macron 2017 nicht gänzlich neu. Dass er nach seiner Wahl zum Präsidenten eine eindeutige Mehrheit für seine Bewegung LREM im Parlament erzielen konnte, liegt vor allem an drei interdependenten, strukturellen Faktoren:

- Die in der Regierungsverantwortung über dreißig Jahre alternierenden Parteien der Linken und Rechten waren intern vor allem in der Europapolitik, aber auch im Blick auf die Liberalisierung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt zunehmend gespalten.
- Dreißig Jahre wechselnder Links- und Rechts-Regierungen haben zu einer deutlichen „Entzauberung" von Politik geführt, weil sie weder sozioökonomische Probleme, wie etwa die andauernd hohe Jugendarbeitslosigkeit, noch kritische Folgen der Deindustrialisierung lösen konnten.
- Infolge dieser Desillusionierung ist auch die Legitimationskraft der Politik gesunken. Das Vertrauen in das politische Personal ist durch eine ständige Abfolge von Korruptionsaffären und -skandalen, die Verknüpfung wirtschaftlicher und politischer Interessen sowie anderes Fehlverhalten von Politikern eingebrochen.

Bereits vor Macron hatte sich die rechtspopulistische Front National vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen als eine dritte Kraft im politischen Raum verankert: In den 1980er-Jahren hatte sie ihre ersten Abgeordneten in die Assemblée Nationale geschickt. Bei der Europawahl 2014 war sie zur wählerstärksten Partei geworden.

Während des Präsidentschaftswahlkampf 2016/2017 waren Macron und Le Pen in der medialen und öffentlichen Wahrnehmung zwar als klare politische Gegensätze erschienen, und der liberale EU-Befürworter Macron hatte sich entschieden gegen die nationalistisch-protektionistische EU-Gegnerin Le Pen erklärt. Gemeinsam war beiden jedoch, dass sie sich als Herausforderer des „Systems" verstanden und positionierten: In ihrem programmatischen Selbstverständnis wie auch im Blick auf ihre Wählerschaft passen damit beide nicht in die traditionelle, durch die Links-Rechts-Polarisierung geprägte politische Landschaft Frankreichs.

Macron selbst benannte die Überwindung des politischen Lagerdenkens als ein zentrales Motiv seiner eigenen Präsidentschaftskandidatur. Nach seiner Darstellung hatte er eben dieses Denken in seiner Zeit als Wirtschaftsminister unter dem sozialistischen Präsidenten François Hollande als ein fatales Hindernis erlebt, das Reformen blockierte. Nur sechs Monate nach seiner Wahl erschien es allerdings fraglich, ob Macron sich den Links-/Rechts-Zuweisungen in der französischen Politik wirklich entziehen kann: Gemäß einer Umfrage des französischen Meinungsforschungsinstituts Institut Français d'Opinion Publique (IFOP) vom November 2017 nehmen die Befragten Macron insbesondere wegen seiner Arbeitsmarktpolitik eher als Vertreter einer liberalen Politik wahr: Insgesamt 39 Prozent ordneten ihn in der Mitte und weitere 39 Prozent rechts der Mitte des politischen Spektrums ein, während nur 12 Prozent ihn links der Mitte sahen.[3]

Le Pen: Souveränismus und linke Mobilisierung

Le Pen verweigert explizit eine Verortung auf der Links-Rechts-Achse der französischen Parteienlandschaft. Sie kombiniert identitäre und souveränistisch-chauvinistische

Positionen mit dem Versprechen, den französischen Wohlfahrtsstaat zu schützen, vom Freihandel abzurücken und die von Berlin und Brüssel durchgesetzte Sparpolitik in der Europäischen Union (EU) zu beenden. Seit sie 2011 die Parteiführung übernahm, krempelt sie herkömmliche rechtsextreme Argumentationsrepertoires um und beteuert, als einzige französische Politikerin konsequent die zentralen Werte der Republik – wie etwa die Laizität – zu schützen. Zugleich propagiert sie die Verteidigung von Modernität und liberalen Werte, wie etwa die Gleichheit der Geschlechter. Mit diesem programmatischen Remix ist es ihr bisher gelungen, die Links-/Rechts-Zuschreibungen des französischen Parteiensystems zu transzendieren und erheblichen Anklang etwa auch bei Wähler/innen zu finden, die sich selbst als links verstehen. Vor dem Hintergrund von kultureller Verunsicherung, der zudem von ökonomischer Unsicherheit geprägt ist, begreifen Le Pen-Wähler/innen, die sich als links verstehen, ihr Votum keinesfalls als Widerspruch zu ihrem linken Weltbild. Ganz im Gegenteil: Diese Wähler/innen sind der Meinung, ihren eigenen linken Werten treu geblieben zu sein. Sie werfen zugleich den zwischen 2012 und 2017 regierenden Sozialisten vor, eben diese Werte durch ihren marktkonformen Reformkurs verraten zu haben.[4]

Macron: Prekäre Mitte mit schwachen Wurzeln

Zwar ordnen sich nach einer Umfrage des Centre de Recherches Politiques de Sciences Po (CEVIPOF) zum Jahreswechsel 2017/2018 noch neun von zehn Befragten auf der klassischen politischen Links-Rechts-Achse ein. Doch nahezu drei Viertel ziehen zugleich die Unterscheidung von Links und Rechts in Zweifel (70 Prozent). Dabei scheinen sich die Befragten eine klarere Unterscheidbarkeit im Sinne abgrenzbarer politischer Alternativen zu wünschen.[5] Begleitend dazu verbreitet sich die Wahrnehmung, dass (Partei-)Politik an Wirkkraft und Bedeutung verliert, und die Wahlenthaltung wächst.

Dieses Phänomen relativiert auch den Wahlerfolg Macrons und die Stabilität seiner Basis. Bezeichnend sind die Zahlen: Im ersten Wahlgang stimmten 24,01 Prozent der tatsächlichen Wähler/innen für Macron. Im zweiten Wahlgang erhielt er 43,63 Prozent der Stimmen der eingeschriebenen Wähler/innen. Die Wahlenthaltung betrug 25,38 Prozent und 11,49 Prozent entfielen auf ungültige Stimmen. Das ist, wie Mediapart treffend schreibt, insgesamt ein „schüchternes Votum“[6] für den Präsidenten. Auch die von Macron gewollte „politische Mitte“ hat damit eher prekäre Wurzeln in der Wählerschaft.

Alte und neue Konfliktlinien: Identität und Laizität

Der traditionell mit der politischen Links-Rechts-Klassifizierung verbundene programmatische Konflikt zwischen Interventionismus („Mehr Staat!“) und Wirtschaftsliberalismus („Mehr Markt!“) dominiert seit geraumer Zeit nicht mehr den politischen Raum und die öffentliche politische Debatte. Er dient damit kaum noch zur Verortung in der Parteienlandschaft, und eine einfache binäre Orientierung anhand dieser einen programmatischen Dimension ist nicht mehr möglich.

Stattdessen werden – wenn auch in transformierter Form – die zentralen historischen Konflikte wieder virulent, die das französische wie auch das westeuropäische politische Spektrum formierten: Der lange Zeit als befriedet geltende Konflikt zwischen geistlicher und weltlicher Macht ist in dem Maße wieder aufgeflammt, wie verschiedene Akteure die Frage des Umgangs mit dem Islam in Frankreich politisch aufgeladen haben. Den Auftakt zu dieser neuen Auseinandersetzung zwischen geistlicher und weltlicher Macht bildete schon in den 1980er-Jahren die Debatte um die (geplante) Einstellung staatlicher Unterstützung für katholische Schulen. Es folgte der Kopftuchstreit, der 2004 im Verbot religiöser Kleidung an Schulen und Universitäten gipfelte. Auseinandersetzungen um das Schächten und um nach religiösen Vorschriften zubereitete Schulessen dauern bis heute an.[7] In diesem Kontext ist insbesondere die spezifische Bedeutung bemerkenswert, die Marine Le Pen der Laizität als einem republikanischen Wert zumisst. Sie postuliert Laizität als Abwehrstrategie gegen eine vermeintliche „Gefahr der Islamisierung“ und verknüpft damit das Thema Laizität mit Identitätspolitik.

Zusätzlich zu diesen Konfliktlinien zwischen Staat und Religion schlagen sich Interessenkonflikte aus überkommenen Differenzen zwischen Zentrum/Stadt und Peripherie/Land auf kultureller Ebene in der derzeitigen Identitätspolitik nieder. Wie auch der FN beansprucht der Parteivorsitzende der Konservativen, Laurent Wauquiez, die Interessen der ländlichen und peri-urbanen Gebiete zu vertreten. Dargestellt werden diese dabei als vom Staat vergessen und aufgrund des internationalen und durch die EU verschärften Wettbewerbs ökonomisch unter Druck stehend. Entsprechend diesem Referenzrahmen bezeichnete Wauquiez Emmanuel Macron als „Kandidat der Städte“.

Zu dieser Identitätspolitik passt auch, dass einflussreiche Teile der Républicains konservative Werte aggressiv vertreten. Das zeigt etwa ihre massive Kritik an der gleichgeschlechtlichen Ehe – eine in Frankreich stark polarisierte Streitfrage.

Streitfall Europäische Integration

Neben den oben beschriebenen Spaltlinien macht der Streit um die Europäische Union – definiert als Konflikt zwischen „national-souveränistischer" und „international-integrationistischer Politik" – die für die Zukunft der französischen Parteien entscheidende Kontroverse aus.

Die Auseinandersetzung um die europäische Integration, die 2017 zur Krise der ehemaligen Regierungsparteien der Sozialisten und Republikaner wurde, reicht wurzelt dabei schon im Jahr 1992: Damals fand der sogenannte permissive Konsens zur europäischen Einigung mit einem „Ja" der Mehrheit der Franzosen beim Maastricht-Referendum sein Ende. In Frankreich hatten nur eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für Maastricht gestimmt und 49 Prozent dagegen[8] - ein Votum, das deshalb als „petit oui" in die Geschichte einging. Obwohl prominente Vertreter der Sozialisten, die damals die Regierungsmehrheit stellten, und der Gaullisten dem Vertrag ablehnend gegenüberstanden, drückten die Parteiführungen der etablierten Parteien des linken und rechten Lagers ein „Ja" durch. Dies verschärfte die schwelende Repräsentations- und Legitimitätskrise im französischen (Parteien-)System.

Auch beim Referendum über den Verfassungsvertrag im Jahr 2005, bei dem rund 55 Prozent der Wähler/innen mit „Nein" stimmten, waren die beiden dominierenden Parteien intern gespalten. Die sozialistische Partei stand regelrecht vor der Zerreißprobe: Während der damalige Parteichef François Hollande für die Annahme war, engagierten sich Laurent Fabius und Henri Emmanuelli dagegen und wurden dafür 2005 aus dem Parteivorstand ausgeschlossen. Der Riss wirkt bis in die Gegenwart. Bei der UMP (Union pour un Mouvement Populaire – ab 2015 Les Républicains; stellte damals die Regierungsmehrheit) kam es nicht zu einem öffentlichen Konflikt.

Szenario für ein künftiges Parteiensystem

In der weiteren Entwicklung des Parteiensystems werden die verschiedenen Konfliktlinien unter den Bedingungen der Globalisierung weiter ihre Wirkung entfalten: Politische Streitfelder werden dabei rund um die Fragen nach „Mehr Markt oder Mehr Staat", einer offenen oder geschlossenen Gesellschaft, und die Befürwortung oder Ablehnung der EU strukturiert werden. Das wahrscheinlichste Szenario[9] im französischen Parteiensystem ist damit die Entwicklung eines Viererfeldes entsprechend den vier bestplatzierten Kandidaten im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen – politische Mitte/LREM, rechtspopulistischer Front National bzw. Rassemblement National; Les Républicains; La France Insoumise.

Neben einer souveränistisch-radikalen Rechten – gebildet aus dem FN/Rassemblement National und vielleicht auch Teilen der heutigen Republikaner – gäbe es eine moderate konservative Kraft. Wer diese anführt, ist angesichts des Rechtsrucks unter Wauquiez und der akuten Krise in der Partei derzeit allerdings noch offen.

Auf der linken Seite des Spektrums stünde weiterhin eine radikale Linke, derzeit dominiert von Mélenchons La France Insoumise. Mélenchon hat jedoch derzeit nicht die integrative Kraft, die er bräuchte, um die verschiedenen Strömungen der Linken zwischen Marxismus und Ökologie in einem Bündnis zu einigen und eine hegemoniale Stellung im Parteiensystem einzunehmen.

Sozialliberale Kräfte werden derzeit um die präsidentielle Mehrheit und Macrons LREM gebündelt. Wie nachhaltig dies gelingt, hängt vor allem davon ab, inwieweit die sozialliberale Reformpolitik Macrons sich im Alltag der Franzosen positiv bemerkbar macht. Ebenso entscheidend ist, ob die sozioökonomische und sozialräumliche Spaltung des Landes abgebaut werden kann, die im Wahlergebnis abzulesen war. Die erste Feuerprobe hat die Regierung mit der Durchsetzung der Arbeitsrechtsreform im September 2017 bestanden. Die Chancen stehen eher gut, dass sie auch die Streiks des Frühjahrs 2018 übersteht – zumal sich, anders als beim Arbeitsrecht, etwa bei der Reform der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF keine breiten, spartenübergreifenden gegnerischen Bündnisse abzeichnen. Es wäre derzeit noch verfrüht, weitere Reformprojekte wie die Bildungs- und Rentenreform in Bezug auf ihre gesellschaftliche Akzeptanz und mögliche positive Auswirkungen hin zu beurteilen.

LREM könnte sich noch weiter in die liberale und dann rechte Mitte bewegen und zur dominierenden Kraft der gemäßigten Rechten werden. Den Raum zwischen der LREM und La France Insoumise könnte dann etwa eine erneuerte und von Mélenchons „Protestlinken" abgegrenzte „sozial-ökologische Regierungslinke" besetzen – so wie es der neue PS-Vorsitzende Oliver Faure erhofft.

Dieses Szenario entspricht am nächsten den Einstellungsclustern, die in der Wählerschaft vorzufinden sind. Wie es sich zum Wahlrecht verhält, hängt letztlich davon ab, wie sich die von der Regierung angekündigte Wahlrechtsreform auswirken wird. Unter anderem sollen bei Parlamentswahl künftig 15 Prozent der Abgeordneten mit dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden – eine Veränderung, die insbesondere kleinere Parteien und Bewegungen stärken würde. Unter diesen Bedingungen würden sich die politischen Debatten wohl stärker an den Konfliktlinien um Identitätspolitik und die EU-Zustimmung oder -Ablehnung orientieren.

Die 2019 stattfindenden Europawahlen werden allerdings kein hinreichender Indikator für diese Trends sein, da sie einer eigenen Logik folgen und stets überdurchschnittlich viele Wähler für die euroskeptische Opposition mobilisieren. Bei den nächsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wird sich jedoch zeigen, ob die Wahlen von 2017 sogenannte „kritische Wahlen" waren, die eine echte Neuformierung („Realignment") des französischen Parteiensystems in Gang gesetzt haben.

Sabine Ruß-Sattar ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Kassel und ssociate Fellow im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Sara Jakob ist Diplom-Frankreichwissenschaftlerin und Programmmitarbeiterin im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen der DGAP.

Anmerkungen

1 Vgl. Presseerklärung vom 20.2.2018, http://elisabeth-morinchartier.eu/elisabeth-morin-chartier-quitte-le-parti-les-republicains/ (zuletzt abgerufen am 3.5.2018).
2 Vgl. FN-Barometer, 7.3.2018, https://fr.kantar.com/opinion-publique/politique/2018/barometre-2018-d-image-du-front-national-fin-de-cycle-pour-le-fn-et-marine-le-pen/ (zuletzt abgerufen am 3.5.2018).
3 Vgl. Ifop-Umfrage für atlantico.fr vom 16.11.2017, http://www.atlantico.fr/decryptage/exclusif-francais-se-sentent-nettement-moins-gauche-qu-avant-presidentielle-et-trouvent-emmanuel-macron-nettement-plus-droite-3237268.html (letzter Zugriff 12.04.2018).
4 Vgl. Pascal Perrineau, Cette France de gauche qui vote FN, Paris 2017.
5 Vgl. Umfrage des CEVIPOF, 29.1.2018, http://www.cevipof.com/fr/le-barometre-de-la-confiance-politique-du-cevipof/rapports/la-fausse-mort-du-clivage-gauche-droite/ (letzter Zugriff 23.04.2018).
6 Vgl. https://blogs.mediapart.fr/regisdesmarais/blog/080517/resultat-officiel-pour-une-timide-election-de-m-macron. (Letzter Zugriff 23.04.2018).
7 Vgl. Dimitri Almeida, Laizität im Konflikt: Religion und Politik in Frankreich, Berlin 2016.
8 Vgl. Ergebnis des Referendums, französisches Innenministerium, https://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats/Referendums/elecresult__referendum_1992/(path)/referendum_1992/000/000.html (abgerufen am 3.5.2018).
9 Vgl. Florent Gougou, Simon Persico, „A new party system in the making? The 2017 French presidential election", in: French Politics, 2017, 15 (3), S. 303-321, hier: S. 303.

DGAP**analyse** / Nr. 2 / Mai 2018

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.
This work is licensed under a Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License.

DGAP
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
German Council on Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

ISSN 1611-7034

Redaktion Sara Jakob, Eva-Maria McCormack
Layout / Satz Andreas Alvarez y Semtner
Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung